Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 76. **Mittwoch, 31. März 1926, abends.** **79. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 40 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Taxife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der „Völkerbund-Musterstaat".

Ganz zu Beginn der Besetzung des Saargebietes, also zu einer Zeit, in der die Wirkung der Okkupation sich nicht allzu deutlich äußerte, sprachen die Herren in Genf, wenn die Rede auf das Saargebiet kam, gerne von dem von ihnen geschaffenen Völkerbund-Musterstaat. In der letzten Zeit haben sie vermieden, sich dieses Ausdrucks zu bedienen. Waren doch die wirtschaftlichen Verhältnisse, die in diesem deutschen Land nach der rücksichtslosen Trennung vom Reich herrschten, so verzweifelt, daß sie wirkangesprochen werden konnten. Die Gerechtigkeit verlangt sich nicht als eine Empfehlung eines Völkerbundregimes es festzustellen, daß nicht so sehr Regierungsmaßnahmen des Völkerbundes die Misere schafften, sondern lediglich die französische Verwaltung, der Genf die Sorge um das Land übertrug. Die Pariser Regierung hatte in diese französische Verwaltung des Saargebietes große Hoffnungen hineingesteckt. Sie glaubte, durch die Einbeziehung des Saargebiets in das französische Zollsystem und die hierdurch bewirkte wirtschaftliche Abschnürung des Gebietes vom Mutterland Land und Leute fest in ihre Hand zu bekommen. Diese Hoffnungen haben sich alle als trügerisch erwiesen. Im Laufe der Jahre stellte es sich heraus, daß die Haupterzeugnisse der Saarindustrie, Eisen, Tonwaren, Glas, im Inneren von Frankreich kein Absatzgebiet fanden. Es war ein Verdienst der deutschen Regierung, daß sie durch eine Politik der Zollstundungen es den schwerbedrohten Saar-Eisenhütten erlaubte, ihre Produkte, trotz des Pariser Wirtschaftssystems in Deutschland absetzen zu können. Zu Beginn, auch noch in den ersten Jahren der französischen Militärbesetzung versuchten große französische Industriekonzerne im Saargebiet selbst Fuß zu fassen. Nach anfänglichen, allerdings unwesentlichen Erfolgen, sahen diese französischen Unternehmungen das Vergebliche ihrer Bemühungen ein, was sie bewog, so schnell wie möglich wieder die saarländischen Aktienmajoritäten abzustoßen. Auch die französische staatl. Verwaltung der Saargruben hat sich als ein Fehlschlag erwiesen. Frankreich hoffte, durch die Tatsache, ungefähr 70 000 deutsche Bergarbeiter in seinen staatlichen Gruben Brot und Arbeit geben zu können, auch Einfluß auf ihre deutsche Gesinnung zu gewinnen. Paris hatte aber nicht mit dem wohlorganisierten deutschen Sozialversicherungssystem gerechnet, dem Frankreich nichts Gleichwertiges entgegenstellen konnte. Lohnkämpfe, Streiks und Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch Arbeitsstockung und unwirtschaftliche Maßnahmen der Grubenverwaltungen waren Erscheinungen, die der saarländischen Bevölkerung das französische Verwaltungssystem als einen nicht gerade sehr vorteilhaften Tausch vor Augen führte. Die franz. Regierung war klug genug, sich über die hierdurch entstandene Stimmung der Bevölkerung keinen Illusionen mehr hinzugeben. Sie scheint sich inzwischen mit der unangenehmen Tatsache abgefunden zu haben, daß die kommende endgültige Volksabstimmung ein Ergebnis zeitigen wird, das dem französischen Saartraum schnell ein Ende bereiten dürfte. Angesichts dieser Hoffnungslosigkeit einer französischen Saarpolitik und in Anbetracht des immer stärkeren Verfalls der Francswährung gewannen die Herren in Paris die Ueberzeugung, daß es unzweckmäßig wäre, weitere Gelder und Kapitalien in dieses aussichtslose Unternehmen hineinzustecken. Sehr deutlich taucht schon überall in Frankreich der Gedanke auf, die Saargruben wieder an Deutschland zurückzuverkaufen, um so wenigstens etwas aus dem fehlgeschlagenen Abenteuer für sich retten zu können, nämlich einen neuen Geldzufluß, der unter Umständen belebend auf die zerrütteten Finanzen des Landes einwirken könnte. Die Pariser Regierung dürfte sich jedoch aus unmißverständlichen deutschen Erklärungen darüber klar sein, daß ein Rückkauf der Saargruben durch das Reich die Voraussetzung in sich schließen muß, daß das Saargebiet wieder deutsch wird. Zur Zeit kämpfen noch wirtschaftliche Notwendigkeiten in Paris sehr erbittert mit machtpolitischen Erwägungen, die es aus Prestigegründen nicht zulassen wollen, daß ein solcher Bankerott französischer Entdeutschungspolitik der Welt deutlich dokumentiert wird. Da die Gesetze der Wirtschaft jedoch immer die Politik eines Landes bestimmen müssen, so ist es nicht schwer festzustellen, wer aus diesem Kampf als Sieger hervorgehen wird.

Im Saargebiet ist in diesen Tagen eine gewisse hoffnungsfrohe Osterstimmung eingekehrt. Mit starker innerer Genugtuung hat man es vernommen, daß der Völkerbundsrat in Genf sich endlich dazu bereit erklärt hat, den bisherigen französischen Präsidenten der Saarregierung, Herrn Rault, durch den neutralen Kanadier Stephens zu ersetzen. Man könnte vielleicht geneigt sein, bei oberflächlicher Betrachtung der Dinge diesen Wechsel als eine reine Formsache aufzufassen. Das wäre eine falsche Einschätzung dieser Aenderung. Herr Rault war Franzose. Und das sagt alles. Für ihn gab es keinen Völkerbundsrat als oberste Instanz. Für ihn existierte nur Paris, die französische Regierung, von der er seine Instruktionen erhielt und die er befolgte, gleichgültig ob sie dem Saarstatut widersprachen. So lange die Herren im Genfer Völkerbundsrat der französischen Entdeutschungspolitik im Saargebiet freien Lauf ließen, konnte Rault die Dinge so gestalten, wie er wollte. In dem Augenblick aber, wo auch andere Einflüsse im Völkerbundsrat sich Geltung verschafften, politische Ueberlegungen, die nicht immer mit den französischen Sonderinteressen in Einklang zu bringen waren, mußte auch die Position des Herrn Rault als erschüttert gelten. Bei der letzten vorjährigen Tagung des Völkerbundes gelang es Rault zwar noch einmal, sich seiner Entsetzung zu entziehen. Inzwischen hat er jedoch selbst eingesehen, daß seine Position auf Grund der Stimmung im Völkerbundsrat unrettbar erschüttert war. Er zog hieraus die Konsequenzen und reichte selbst sein Abschiedsgesuch ein. Da auch der Abtransport der französischen Truppen aus dem Saargebiet für den Herbst angekündigt ist und auch die Persönlichkeit des neuen Präsidenten anscheinend die Gewähr gibt für eine loyalere Durchführung der Regierungsmaßnahmen, so ist die zuversichtliche Stimmung der Saarbevölkerung nicht ganz unbegründet.

Die Wirtschaftsvertreter beim Reichskanzler.

* Berlin. Gestern nachmittag empfing der Reichskanzler in Gegenwart des Ministers des Auswärtigen, des Reichsministers der Finanzen, des Reichswirtschaftsministers und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Vertreter von Industrie, Handel, Landwirtschaft, Weinbau und der Gewerkschaften zu einer **Aussprache über den Abschluß eines Handelsvertrages mit Spanien.** Nach eingehenden grundsätzlichen Darlegungen und auf Vorschlag des Reichskanzlers wurde ein **Ausschuß aus den beteiligten Wirtschaftsgruppen gebildet,** der mit der Regierung zusammen das gesamte einschlägige Material prüfen wird. Der Ausschuß wird heute nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammentreten.

Dank des Bundeskanzlers Dr. Ramek.

)(Berlin. Bundeskanzler Dr. Ramek hat an **Reichskanzler Dr. Luther** folgendes Telegramm gesandt:

„Beim Verlassen des deutschen Reichsgebietes sende ich dem deutschen Volke im Reich meine brüderlichen Abschiedsgrüße, Ihnen aber, Herr Reichskanzler, und dem Herrn Reichsaußenminister sage ich herzlichsten und aufrichtigsten Dank für die unvergeßlichen Berliner Tage."

*

Empfang der Prager Presse durch Bundeskanzler Dr. Ramek.

)(Prag. Bei einem Empfang der in- und ausländischen Presse in der österreichischen Gesandtschaft erklärte **Bundeskanzler Dr. Ramek, sein Aufenthalt in Berlin sei zunächst formal als Gegenbesuch aufzufassen.** Er habe aber **auch den erwünschten Anlaß gegeben, die engen und freundschaftlichen Beziehungen zu dem Deutschen Reich neu zu bekräftigen.** Darüber hinaus habe sich die Gelegenheit zu **wichtigen handelspolitischen Besprechungen** über den Ausbau der handelsvertraglichen Beziehungen geboten. Mein Aufenthalt in Prag, erklärte der Bundeskanzler, ist nur auf wenige Stunden bemessen, trotzdem aber ein Zeichen der guten und herzlichen Beziehungen, die zwischen Oesterreich und seinem nördlichen Nachbarn bestehen. Schon in Wien und später in Genf wurden die zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich bestehenden handelspolitischen Beziehungen erörtert, in kurzer Zeit werden weitere Verhandlungen stattfinden. Der Bundeskanzler gab sodann einen Ueberblick über den Werdegang der österreichischen Republik und betonte, daß der österreichisch-tschechoslowakische Schiedsvertrag vielleicht mit den ersten Anstoß dafür gegeben habe, daß überall Verhandlungen im Zuge seien, um ein Netz von Schiedsverträgen zu schaffen. Der Bundeskanzler schloß, wenn die einzelnen Staaten dem Geiste des Friedens und der Zusammenarbeit in die Tat umzusetzen versuchten, so werde nicht nur Mitteleuropa, sondern ganz Europa einer besseren Zukunft entgegengeführt werden.

*

Rameks Besuche in Berlin und Prag im Spiegel der Wiener Presse.

)(Wien. In abschließender Besprechung der Reise des österreichischen Bundeskanzlers nach Berlin und in Würdigung seines bevorstehenden Besuchs in Prag erklärt das **Neue Wiener Tagblatt:** Auch die tschechische Oeffentlichkeit stellt ohne Erregung fest, daß heute und in Zukunft niemand die Macht habe, die Hoffnungen auf den Anschluß Oesterreichs an Deutschland für immer zu versperren. Oesterreich ist ein verläßlicher Pfeiler der Friedensordnung. Schaltet man die hohe Politik aus, so behalten die beiden Besuche in Berlin und Prag eine umso stärkere Bedeutung für die nächsten wirtschaftlichen Wege Mitteleuropas. Die Bemühungen, die wirtschaftspolitischen Beziehungen auf mitteleuropäischem Gebiet enger zu gestalten, fallen in die große Linie der zukünftigen weltwirtschaftlichen Entwicklungen. Engere Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei sind die wichtigsten Stufen für Oesterreich im Aufstieg zum Wohlstand.

Auch die Neue Freie Presse betont die Beziehungen Oesterreichs zur Tschechoslowakei und insbesondere, daß der wirtschaftliche Verkehr dieser beiden auf einander angewiesenen Länder von größter Wichtigkeit ist. Das Blatt verspricht sich von den nach Ostern beginnenden österreichisch-tschechoslowakischen Wirtschaftsverhandlungen Erfolg.

Das Wiener Extrablatt schreibt: Auch die Gegner des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland erkennen allmählich, daß sich eine so mächtige Volksbewegung auf die Dauer nicht eindämmen läßt; sie sind heute bereit, die innere Berechtigung des Anschlußgedankens anzuerkennen. Man kann seine Verwirklichung nur verschieben, aber nicht aufhalten. Wenn also in Berlin und in Prag offiziell nicht vom Anschluß gesprochen wurde bezw. wird, so weiß doch heute die ganze Welt, daß diese Bewegung einmal zu einem Erfolg führen wird, ohne daß es deswegen zu einem Krieg kommen muß.

Der Kampf um Peking.

Nach den letzten Erfolgen, die die verschiedenen Revolutionsarmeen auf mehreren Kriegsschauplätzen sich sichern konnten, hätte man annehmen müssen, daß die Führer der noch Peking besetzt haltenden Nationaltruppen das Vergebliche eines Widerstandes eingesehen hätten. Die Verhandlungen, die zwischen den auf Peking vorrückenden chinesischen Generälen und zwischen den Verteidigern der Stadt geführt wurden, sind, wie die letzten Nachrichten besagen, vollkommen fehlgeschlagen. Anscheinend waren die Bedingungen, die die erfolgreichen Generäle für den Abschluß eines Waffenstillstandes vorschlugen, den Pekinger Machthabern zu schwer. Unter anderem forderten die Angreifer, daß die Nationalarmee restlos aus Peking entfernt würde, eine Forderung, die jedoch strikt abgelehnt wurde. In Erwartung des Angriffes auf Peking haben jetzt die Truppen der Nationalarmee außerhalb der Stadt eine starke Verteidigungslinie ausgebaut, die von Nordosten nach Süden verläuft und dann Front gegen die von Tientsin anrückenden Truppen macht. Es ist bereits zu kleinen Vorpostengefechten gekommen. Von einem Vormarsch der Angreifenden kann jedoch bis jetzt noch nicht gesprochen werden. Die Führer der Nationalarmee haben zu erkennen gegeben, daß sie fest entschlossen seien, ihre Verteidigungsstellung bis zum Aeußersten zu behaupten. Verschiedenes deutet jedoch darauf hin, daß sie doch nicht gewillt sind, ihre Truppen einem ernstlichen Entscheidungskampf auszusetzen. Anscheinend sind sie sogar nicht abgeneigt, die Hauptstadt selbst preiszugeben. Immerhin ist jedoch die Disziplin und die Organisation der Verteidigungsarmee noch in bester Ordnung. Als Kampffaktor dürfte sie daher noch keineswegs ausgeschaltet sein. Bestimmend auf den Ausgang des ganzen Kampfes ist vielleicht die Tatsache, daß sich jetzt die vorrückenden Generäle in ihrem Kampfziel geeinigt haben. Chang-Tso-Lin, Li-Ching-Li und Lu-Chong-Lin hatten in den letzten Tagen eine Zusammenkunft und beschlossen, Li-Ching-Lin den Auftrag zu geben, die Nationalarmee anzugreifen, sie zurückzuwerfen und Peking zu erobern. Die nächsten Tage dürften daher neue blutige Kämpfe bringen. In Peking selbst herrscht natürlich in Erwartung der kommenden Entscheidungsschlacht große Aufregung. Die Ordnung in der Stadt ist jedoch bis jetzt in keiner Weise gestört worden. Starke Militärpatrouillen durchziehen die Straßen und zerstreuen jede Ansammlung von Menschen. Es sind auch von den Behörden alle Vorbereitungen getroffen worden, die jeden Aufruhr im Keime ersticken könnten.

Der Regierungswechsel in Bukarest.

Die **Betrauung des Generals Averescu mit der Bildung der rumänischen Regierung** bedeutet im Grunde genommen **keinen Kurswechsel** in Rumänien. General Averescu, den man als den Scheinopponenten und Freund der Bratianus bezeichnen darf, wird im Grunde genommen an dem Regierungssystem, das bis jetzt in Rumänien ging und gäbe war, nicht viel ändern. Seine Hauptaufgabe für die nächste Zeit wird sein, die Wahlen im dynastisch-liberalen Sinne abzuwickeln. Ueber den Ausfall dieser kommenden Kammerwahlen kann man sich schon jetzt ein recht deutliches Bild machen. Die Vergewaltigten werden nicht etwa die in den Städten sitzenden Nationalisten sein, sondern die Zaranisten, die die große Wählermasse darstellenden kleinen Landwirte. Die Bratianisten werden lediglich von den Averescisten abgelöst. Damit ist gesagt, daß die liberalen Vorder- und Hintermänner auch weiterhin ihre Hand im Spiel der Regierungsmaschine haben werden. Aus der Lösung, die die Regierungskrise gefunden hat, ersieht man zum mindesten den starken Einfluß, den der demissionierte Ministerpräsident Bratianu noch immer, namentlich auf den König, ausübt. Die Betrauung Averescus berührt um so merkwürdiger, als zwischen den Nationalisten und der Bauernpartei in der letzten Zeit eine Einigung erzielt worden war, die ein starkes und arbeitsfähiges Kabinett hätte ergeben können.

Das neue rumänische Kabinett.

)(Bukarest. Das neue Kabinett besteht aus Ministerpräsident Avarescu, Minister des Innern Goga, Minister des Aeußeren Mitilenen, Finanzminister Lepadatu, Kriegsminister General Mirceocu, Minister für Handel und Gewerbe Coanda, Verkehrsminister General Valeanu, Minister für öffentliche Arbeiten Petrovici, Justizminister Cudalbu, Unterrichtsminister Negulescu, Kultusminister Goldis, Ackerbauminister Garofild, Arbeitsminister Trancu-Jassy, Minister für Volksgesundheit Lupas, Minister für Bessarabien Nigas, Minister für die Bukowina Dori Popovici, Minister für Siebenbürgen Groza. Die Minister haben gestern den Eid geleistet.

Allen voran: **Radeberger Pilsner!** das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwade Riesa a. Elbe. Fernruf 46.